

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Rieser,
Fennel Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Grosenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamtes Rieser und des Hauptzollamtes Weissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachunter
Dresden 1520.
Verlag:
Rieser Nr. 52.

Nr. 57.

Montag, 9. März 1931, abends.

84. Jahrgang.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Masthabezeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraum: 5 bis 10 Tage, Restzahl: 50%, Aufschlag: keine Zeilen. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abzug des nicht abgesetzten Anzeigens. Zahlung- und Erfüllungsort: Rieser. Nachträgliche Änderungen von Texten, Druck- und Fälschungen sind unzulässig. — In Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei der Rieseranten oder der Postbesorgungsanstaltungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Wiederherstellung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Um die Abrüstungskonferenz.

Die sachlichen und technischen Vorbereitungen für die kommende Abrüstungskonferenz werden jetzt im Völkerbundsfekretariat nach der Rückkehr des Generalsekretärs von der Amerika-Reise mit Nachdruck betrieben. Da die von englischer und französischer Seite dringend gewünschte Wahl des tschechoslowakischen Außenministers Beneš zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz auf der Januartagung des Rates vorläufig abgelehnt worden ist, liegt zur Zeit das Schwerpunktgebiet der vorbereitenden Verhandlungen ausschließlich bei dem Völkerbundsfekretariat. Ueber die Behandlung der rein technischen Vorbereitungen der Abrüstungskonferenz hinaus treten jetzt allmählich die großen politischen Fragen der kommenden Abrüstungskonferenz wieder stärker in den Vordergrund. Der vom vorbereitenden Abrüstungsausschuss ausgearbeitete Abstommensentwurf, der das gesamte Abrüstungsproblem auf die schwer kontrollierbare und praktisch bedeutungslose Verabreichung der Rüstungsgegenstände ohne jede direkte Verminderung der gegenwärtigen Rüstungen beschränkt, ist hier zunächst als die alleinige Grundlage der Beschlüsse der kommenden Abrüstungskonferenz. Auf französischer Seite wird dabei gegenwärtig mit großem Nachdruck und Geschick eine Propaganda betrieben, um diesen Abstommensentwurf trotz der offiziellen Ablehnung durch Deutschland, Sowjetrußland und teilweise auch Italien als den alleinigen Ausgangspunkt der Abrüstungskonferenz und als die geeignete und glücklichste Basis der Abrüstungsverpflichtungen der Friedensverträge hinzustellen. In dieser Richtung liegen die offiziellen Ministererklärungen in Paris und die Haltung der französischen Presse, die alle Versuche, diesen Abstommensentwurf abzulehnen, als eine böswillige Gefährdung der gesamten Abrüstungsbestrebungen und Bedrohung der Abrüstungskonferenz hinstellt. Auf deutscher Seite hat man sich dagegen bisher mit der rein negativen Ablehnung des Abstommensentwurfes begnügt, ohne jedoch dem für Deutschland völlig unannehmbaren englisch-französischen Entwurf einen eigenen neuen Vorschlag entgegenzusetzen. Man vermutet daher in diesem internationalen Kreise, daß die deutsche Regierung in aller nächster Zeit mit einem eigenen großen Abstommensentwurf hervortreten wird, der auf der Zusammenfassung der direkten und indirekten Herabsetzung der Rüstungen aufbauet und auf eine wirksame und allgemeine Rüstungsverminderung hinauszielt. Ein derartiger Vorschlag würde ohne Zweifel eine grundlegende Berücksichtigung der gegenwärtigen für Deutschland außerordentlich schwierigen Lage bedeuten, da damit der französisch-englische Abstommensentwurf seine Bedeutung als die alleinige Grundlage und den Ausgangspunkt der Abrüstungskonferenz verlieren würde und der deutsche Vorschlag neben dem französisch-englischen Vorschlag auf der Konferenz zur Verhandlung gelangen würde. Ferner stimmt man an, daß ein eigener deutscher Abrüstungsvorschlag weitgehende Zustimmung der neutralen und an der Abrüstungsfrage unmittelbar interessierten Mächte finden würde. Ursprünglich in gewissen Kreisen des Völkerbundsfekretariats vorhandene Absichten, eine große Propaganda für die Abrüstungskonferenz durch Hervorhebung des englisch-französischen Abstommensentwurfes als die alleinige geeignete Grundlage zur Lösung des Abrüstungsproblems zu entwickeln, sind vorläufig vom Generalsekretär des Völkerbundes unterlassen worden. Jedoch besteht nach wie vor in diesem Kreise die Tendenz, die englisch-französischen Wünsche für eine Sicherung des Abstommensentwurfes durch eine allgemeine Propaganda zu unterstützen.

Die Wahl des tschechoslowakischen Außenministers Beneš zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz gilt hier trotz der Ablehnung auf der Januartagung des Völkerbundes noch keineswegs als endgültig erledigt. Es besteht vielmehr die Absicht, auf der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz, auf der die endgültigen Beschlüsse über die Vorbereitung und den Ort der Abrüstungskonferenz fallen sollen, einen kleinen vorbereitenden Ausschuss einzusetzen, dem der tschechoslowakische Außenminister Beneš angehören soll und in dessen Händen die gesamten diplomatischen und politischen Vorbereitungen der Abrüstungskonferenz sowie die Abstimmung mit den einzelnen Mächten liegen sollen. Es liegt jedenfalls am Grund dieser Lage für Deutschland dringend die Notwendigkeit vor, die Vorbereitungen für die kommende Abrüstungskonferenz ausgedehnter zu überwachen und durch rechtzeitiges Hervortreten mit einem eigenen Abrüstungsvorschlag eine Änderung in der gegenwärtig für Deutschland außerordentlich schweren und schwierigen Lage herbeizuführen.

Rücktritt Gandhis?

Neu-Delhi, 9. März.

Gandhi wies in einer öffentlichen Rede darauf hin, daß die Vereinbarungen mit dem Vizekönig nach der Bildung durch den Nationalistischen Kongress in Karachi bedürfen. Falls es sich erweisen sollte, so erklärte er, daß die Vereinbarungen mit dem Vizekönig dem Lande als nicht annehmbar erscheinen, so könnte das Exekutivkomitee des Nationalistischen Kongresses ein Mißtrauensvotum gegen ihn in Vorschlag bringen. Dem, die sich diesem Mißtrauensvotum anschließen, würde es dann überlassen bleiben müssen, die Fortführung der Arbeit des Nationalistischen Kongresses auf die eigenen Schultern zu nehmen.

Schwere Erdbebenkatastrophe in Süditalien.

Zahlreiche Todesopfer. — Katastrophale Auswirkungen.

Sofia, 9. März.

Dr. Sofia, Radomir, Aštendil, Grona, Petritsch und anderen Orten im Westen des Landes wurde in der Nacht zum Sonntag wiederum ein Erdbeben verspürt, das bedeutend heftiger war als das vorhergegangene. Am schwersten ist das Dorf Leaty in der Gegend von Neorop betroffen, wo mehrere Häuser vollständig zerstört, zwei Personen getötet und zwei weitere verletzt wurden. In anderen Ortschaften stülpten die Bevölkerung, von einer Panik ergriffen, ins Freie und suchte aus Furcht vor weiteren Erdstößen nicht in ihre Häuser zurückzukehren.

* Athen. Das Herz des Erdbebens, das in der Nacht zum Sonntag zum Sonntag den Balkan heimgesucht hat, liegt in der gleichen Gegend, die schon am Freitag vom Erdbeben betroffen wurde. Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat das letzte Beben katastrophale Folgen gehabt. Die Eisenbahn- und Telefonverbindungen sind völlig unterbrochen. Mehrere hundert Personen sollen getötet oder verletzt worden sein. Unannehmlichkeiten für die Bevölkerung sind nicht angegeben. Zahlreiche griechische Bahnhöfe weisen breite Risse in ihre Mauern auf, so daß das Bahnpersonal in leeren Waggons übernachten mußte.

Belgrad, 9. März.

Nach den letzten aus dem Katastrophengebiet hier eingelangten Meldungen ist in der Nähe von Valandovo ein ganzes Dorf durch die Erdstöße dem Erdbeben gleichgemacht worden. 10 Tote sind hier zu verzeichnen, 22 Personen erlitten Verletzungen. Die Eisenbahn-

zwischen Skoplje und Gornjela unterbrochen ist. Die Telefon- und Telegraphenverbindungen zwischen Skopje, Gornjela und Strumica sind völlig zerfallen, wie überhaupt die materiellen Schäden überall sehr groß sein sollen.

Sofort nach Eintreffen der Unglücksbotschaft reiste König Alexander in das Erdbebengebiet. Vorher gab er Befehl, die aus den heimgesuchten Gebieten stammenden Soldaten in die Heimat zu beurlauben.

* Budapest (Hunkspruch.) Die bei Pest und in der Nähe der Erdbebenkatastrophe, die in der Nacht zum Sonntag Wazedonien heimgesucht, nach den bisherigen Feststellungen mehr als 100 Todesopfer gefordert und rund 1000 Häuser zerstört. Der Hauptort des Bebens befindet sich etwa 500 Kilometer südlich und südwestlich von Belgrad. In dem ganzen Gebiet des Bardarbanaas und besonders in der Gegend nächst der griechischen Grenze wurden die Ortschaften schwer heimgesucht. Die Zahl der Schwere- und Leichtverletzten soll über 500 betragen. Auch zahlreiche Verschüttungen sind vorgekommen. Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen mit den heimgesuchten Gebieten sind unterbrochen, so daß genauere Daten vorläufig nicht zur Verfügung stehen. Außer der Eisenbahnbrücke bei Skoplje (Mestrib), die über den Bardarbanaas führt, sind zahlreiche Eisenbahnlinien so stark beschädigt, daß der Verkehr unterbrochen ist. Das rote Kreuz in Skoplje hat eine große Hilfsaktion eingeleitet und auch in Belgrad wurden öffentliche Sammlungen für die Erdbebenopfer in die Wege geleitet.

Der Reichswehrretat vor dem Haushaltsausschuß.

Der Reichswehrminister verteidigt seinen Etat.

Berlin, (Hunkspruch.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages begann heute die Beratung des Reichswehrretats.

Reichswehrminister Dr. Groener

begrenzte seinen Etat:

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß nicht alle Angriffe von links und von rechts mich dazu veranlassen können, die von mir von jeher eingehaltene Linie in der Führung der Reichswehr auch nur um Haarsbreite zu ändern, denn ich bin der festen Überzeugung, daß die von mir vertretenen Grundsätze allein genährlichen, daß die Wehrmacht überparteilich und dem politischen Streit entzogen bleibt. Die Wehrmacht dient dem Staate, nicht den Parteien. Daran habe ich unverbrüchlich fest. Ebenso ist es für mich eine selbstverständliche Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Wehrmacht das erhält, was sie für die Erfüllung ihrer Hauptaufgabe, den Bundeschutz, braucht. Der vorliegende Etat ist unter dem Gesichtspunkt aufgestellt, daß bei voller Berücksichtigung der Notlage unseres Volkes und bei strengster Sparsamkeit diese lebensnotwendigen Forderungen erfüllt werden, und ich bin nicht in der Lage hierin irgendwelche Kompromisse zu machen.

Als Einzelheiten werde ich nach den Reden der Sprecher der Parteien eingehen. Zunächst aber muß ich die Angriffe zurückweisen, die aus dem Auslande gegen mich gerichtet sind. Der französische Kriegsminister hat vor der französischen Kammer zu der Abgeordnetenfrage erklärt, es nicht anerkennen zu können, daß alle Völker einen Anspruch auf Behandlung auf gleichem Fuße hätten. Herr Maginot glaubt, wenn man in der Welt die internationale Gerechtigkeit zur Herrschaft gelangen lassen wollte, sei es ebenso notwendig wie gerecht, und eine Bürgerpflicht für die anderen Nationen, wenn diejenigen Länder, die die Angreifer gewesen seien, strengeren Beschränkungen der Rüstungen unterworfen würden, als diejenigen Nationen, die keine Angriffe begangen hätten.

Demgegenüber habe ich folgendes zu erklären: Unsere Stellungnahme zu der sogenannten Kriegsschuldfrage ist wiederholt aus bestem Grunde vor aller Welt klar gestellt worden.

Vor kurzem hat der Herr Reichsminister des Inneren hierzu im Namen der Reichsregierung bedeutsame Erklärungen abgegeben, die ich nicht zu wiederholen brauche. Die Versaillescher Teile von der Kleinmündigkeit Deutschlands ist längst von der internationalen historischen Wissenschaft widerlegt worden. Wir haben den Spruch eines wahrhaft unparteiisch zusammengefaßten internationalen Kremlums, dessen Zusammentritt die deutsche Regierung von jeher gefördert hat, nicht zu fürchten.

Die Feststellung der Wahrheit wird vielmehr den Vertretern, die auf der Behauptung von Deutschlands Kleinmündigkeit an Rüstung beruhen, diese Stütze endgültig entziehen. Deutschlands Entwaffnung ist im Versaillescher Vertrag damit begründet worden, daß sie die Einleitung einer Rüstungsbeschränkung aller Nationen ermöglichen sollte.

Deutschland hat diese Vorbereitungen erfüllt, wir sind abgerüstet in einem Maße, das in der Geschichte ohne Beispiel ist. Die anderen Mächte aber haben sich verpflichtet, uns auf dem Wege der Abrüstung zu folgen, daß es sich hierbei um eine recht verbindliche Verpflichtung handelt, haben maßgebende Staatsmänner der anderen Seite wiederholt bestätigt. Wir haben das Recht, zu verlangen, daß die Ungleichheit der Rüstung, die durch Deutschlands Vorbereitung auf diesem Gebiete entstanden ist, gemäß den Vertragbestimmungen durch eine entsprechende Nachleistung der anderen Mächte ausgeglichen wird. Wir haben das Recht auf denselben Grad von Sicherheit, den die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen. Wir erheben unsere Forderung auf allgemeine Abrüstung, wie auch der Herr Außenminister in seiner Wiener Rede betont hat, im Interesse des Friedens und des Wiederaufbaus von Europa, der dringendsten Aufgabe unserer Zeit. Deutschland ist bereit, und ist stets bereit gewesen, an jeder Art von Abrüstung positiv mitzuarbeiten, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung vorgenommen wird.

Herr Maginot hat nun darauf hingewiesen, daß Frankreich der Abrüstung bereits Rechnung getragen habe. Es habe die Zahl seiner Divisionen gegenüber dem Stande von 1918 herabgesetzt und habe heute weniger Mannschaften bei der Fahne wie damals. Statt der dreißigjährigen habe es eine einjährige Dienstzeit eingeführt. Wir können diese Organisationsänderung des französischen Heeres nicht als Abrüstung anerkennen, es handelt sich vielmehr um eine wahlwogene Umrüstung, die den Kriegserfahrungen und der raschen Entwicklung der Kriegstechnik Rechnung trägt. Die Schlagkraft der französischen Armee nicht vermindert, sondern beträchtlich vermehrt hat. Der Wert eines Heeres richtet sich nicht nach der Länge der Dienstzeit, sondern nach der Intensität der Ausbildung, nach der Stärke der ausgebildeten Reserven, nach der Zahl und Güte des Materials. Alles dies besitzt die französische Armee im vollkommnen Maße. 1912 war sie bei jährlicher Dienstzeit 640 000 Mann stark, heute steht nur noch ein Jahrgang bei der Fahne und dennoch beträgt die Gesamstärke fast ebensoviel. Fast die Hälfte des Heeres, mindestens 200 000 Mann, dient über die gesetzliche Dienstzeit hinaus und liefert ein hochqualitatives Ausbildungspersonal. Ein neuer Beamtenkörper hat den Soldaten die Mobilisationsarbeiten, die Verwaltung des Kriegsmaterials, den Kanakdienst abgenommen. Die Jugend wird in einem früher unbekanntem Maße an den Militärdienst vorbereitet. Daher ist Frankreich heute in der Lage, auch in der einjährigen Dienstzeit seinen Soldaten eine vollkommene militärische Ausbildung zu geben. Sprechen die Tausende von Tausend, von Munitionsgewehren und Geschützen, die Hunderttausende von Maschinengewehren von Abrüstung? Außerdem besitzt Frankreich noch Massen an lagerndem Material aller Art. Wie viele Verbände es im Kriege aus seinen ausgebildeten Reserven aufstellen und mit diesem Material bewaffnen kann, das ergibt sich schon daraus, daß die Zahl der Generäle und höheren Stabsoffiziere trotz Verminderung der Anzahl der Friedendivisio-